

20. VIII. 1916

Die letzte Sitzung der Sobranje.

Sofia, 19. August.

Die Agence Télégraphique Bulgare meldet: In seiner letzten Sitzung, die bis spät in die Nacht dauerte, verhandelte die Sobranje einen vom Ministerpräsidenten Radoslawow gemäß seinem in der Sitzung vom 19. Juli abgegebenen Versprechen eingebrachten Antrag, eine parlamentarische Untersuchung über von Organen der Verwaltung allfällige begangene Unregelmäßigkeiten anzuordnen. Dieser Antrag wurde von den Gruppen der Opposition lebhaft kritisiert, die verlangten, daß die Untersuchung auf alle Mißbräuche von der Art jener ausgedehnt werde, die der Sobranje angezeigt wurden, ohne Rücksicht auf die Qualität der Personen, die darin verwickelt würden. Die Debatte gestaltete sich sehr bewegt. Die meisten Oppositionsführer nahmen daran teil, beschuldigten die Regierung, daß sie ihre Handlungen und die ihrer Anhänger nicht ins Licht setzen wollte, und bestanden auf der Notwendigkeit einer vollständigen Untersuchung.

Der Oppositionsführer Theodorow, der in Abwesenheit Geshows in der Sitzung vom 19. Juli der Regierung die Unterstützung seiner Partei versprochen hatte unter der Bedingung, daß die Regierung einwillige, anstatt der im Budget vorgesehenen sechs provisorischen Zwölftel bloß drei zu verlangen, und daß die Ausarbeitung und Botierung des Gesetzes über die soziale Fürsorge jener des Budgetprovisoriums vorangehe, sowie daß eine Untersuchung veranstaltet werde, um die Wichtigkeit der vor die Sobranje gebrachten Beschuldigungen zu prüfen, ergriff das Wort, um darzulegen, daß die Haltung seiner Partei keineswegs das Ergebnis irgendeines Einverständnisses mit der Regierung sei, der gegenüber sie ihre mißbilligende Haltung bewahre, und daß sie der Regierung ihren Beistand nicht deshalb geliehen habe, weil sich diese in Gefahr befunden habe, in Folge des Abfalles der Fraktion Ghendiew in die Minderheit gebracht zu werden, sondern einzig und allein, weil seine Gefinnungsgenossen ihr nicht innere Schwierigkeiten bereiten wollten. Theodorow beantragte ferner die Ernennung einer parlamentarischen Kommission, die Mißbräuche jeder Art untersuchen solle, mögen sie von wem immer begangen sein, sei es bei den Militärlieferungen, sei es im Verpflegungsdienste, sei es in der Verwaltung oder in allen anderen wirtschaftlichen Belangen, wie Ausfuhr und Einfuhr, seit dem Tage der Mobilisierung.

Dieser Abänderungsantrag wurde von der Regierung verworfen, die erklärte, daß die Forderungen der Opposition darauf hinausläufen, die Mitglieder der Majorität oder die Regierung selbst einer Untersuchung durch die Sobranje aussetzen, was unzulässig sei.

Schließlich wurde der Antrag des Ministerpräsidenten bloß mit den Stimmen der Abgeordneten der Regierungsparteien angenommen.